

Die Steiermark und der Anschluß des Burgenlandes an Österreich

Joseph Franz DESPUT

I. Einleitung

Die neuen Grenzen 1918–1921, außen- und innenpolitische Aspekte

Mit dem Zusammentritt des österreichischen Reichsrates am 30. Mai 1917 nach einer langen Zeitspanne praktischer Verfassungssistierung prallten die politischen, wirtschaftlichen, aber vor allem sozialen Belange der Abgeordneten, die nationalautonomistischen Sonderwünsche einerseits und das Beharren der deutschen bürgerlichen Abgeordneten auf Zentralismus und deutsche Hegemonie andererseits mit unvermuteter Vehemenz aufeinander. Dieser nationalen Mißstimmung gaben die slowenischen Abgeordneten am 30. Mai 1917 in der sogenannten „Mai-Deklaration“ Ausdruck, die im Einverständnis mit den kroatischen und serbischen Abgeordneten des österreichischen Abgeordnetenhauses die Volkseinheit der Slowenen, Kroaten und Serben proklamierte, für die nationale Selbstbestimmung eintrat, aber doch noch unter ausdrücklichem Bekenntnis zur habsburgischen Dynastie. Die änderte sich bereits im Juli 1917 durch die Deklaration von Korfu, die die Grundlagen für die Gründung eines selbständigen südslawischen Staates lieferte. Obwohl am 25. Mai 1918 eine Delegation von mehr als 100 Bürgermeistern der Untersteiermark vor Kaiser Karl erschien und ihre Bitte um Verbleib bei Österreich vortrug, zeigten die im Frühjahr 1918 einsetzenden Meutereien slowenischer Truppenkörper in der Steiermark in Judenburg, Radkersburg, Murau sowie auch in Neumarkt und Voitsberg, daß die Entwicklung in Richtung eines südslawischen Staates immer mehr an Boden gewann. Das Völkermanifest Kaiser Karls vom 16. Oktober 1918 bildete somit nicht den Anfang, sondern den Abschluß einer Entwicklung und gab damit den letzten Anstoß zur Auflösung der Habsburgermonarchie, ganz im Gegensatz zu seiner Intention.

Um den dringendsten Problemen der Versorgung der Bevölkerung nachzukommen und um die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in dieser Zeit beginnender Truppenmeutereien und der Radikalisierung der Industriearbeiterschaft in der von mehreren Streiks heimgesuchten Heimat Steiermark gewährleisten zu können, wurde als „Sonderfall Steiermark“ ein „Wohlfahrtsausschuß“ etabliert, der in der Umbruchzeit Oktober/November 1918 de facto Regierungsgewalt ausübte und zum vorzeitigen Rücktritt des Statthalters in der Steiermark, Graf Clary-Aldringen, führte.

Die fürchterliche Ernährungslage bedingte eine gewisse wirtschaftliche Abhängigkeit von Lieferungen des neu gegründeten SHS-Staates und veranlaßte die Steiermärkische Landesregierung zu einem defensiven Vorgehen gegen die militärischen Abtrennungsbestrebungen im gemischtsprachigen Unterland seitens Major (General) Majsters von Marburg aus, der dort handstreichartig vollendete Tatsachen geschaffen hatte.

Die slowenischen Abgeordneten des österreichischen Reichsrates hatten sich in Laibach als „Narodni Svet“ konstituiert und forderten am 12. Oktober 1918 *als integrierenden Bestandteil des Staates der Slowenen, Kroaten und Serben das Gebiet des bisherigen Kronlandes Steiermark, wo durch die letzten Jahrhunderte das slowenische Volk gewohnt hat, ohne Rücksicht auf die durch das System künstlich hervorgerufene Germanisierung der scheinbaren Sprachinsel Marburg, Mährenberg, Cilli, Pettau, Radkersburg u. a., welche infolge ihres Charakters als Verkehrsmittelpunkte ihrer slowenischen bäuerlichen Umgebung einen untrennbaren Bestandteil des slowenischen Gebietes bilden. Den nationalen Minderheiten wird der gesetzliche Schutz gewährt.* Am 29. Oktober 1918 vereinigte sich der slowenische Volksrat mit dem südslawischen Nationalrat in Agram, der wiederum die Vereinigung mit dem serbischen Königreich als neuem Staat SHS – Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen – aussprach.

Ein Drittel des Landes wurde mit der neuen „Murgrenze“ abgetrennt, aus dem „Kronland Steiermark“ entstand unter Reduzierung auf das geschlossene deutsche Siedlungsgebiet das „Land Steiermark“.

Während bei der Friedenskonferenz in Paris sowohl die österreichische Seite als auch die jugoslawische mehrere Grenzvariantenvorschläge unterbreiteten, wobei auch der Versuch des steirischen Ländervertreters Dr. Kamniker aus Radkersburg zu erwähnen ist, der im österreichischen Gegenentwurf vom 6. August 1919 eine Abstimmung in Teilen des von Majster militärisch beherrschten Unterlandes forderte, sah die tatsächliche Lage an der im Friedensvertrag vom 10. September 1919 fixierten Murgrenze schon lange vorher wesentlich anders aus. Es ging um die Bahnlinie Spielfeld–Radkersburg, die die einzige Verbindung ins „Übermurgebiet“ darstellte, wobei Radkersburg noch durch seine Brücke in doppelter Funktion für die Erreichung des Übermurgebietes, das im August 1919 von südslawischen Truppen besetzt wurde, äußerst wichtig war. Die militärischen Auseinandersetzungen sowie die Aufstände unter Oberleutnant Mikl in Radkersburg und gleichzeitig die von Mureck, Halbenrain, etwas früher von Leutschach ebenso wie im Gebiet der Soboth, die alle ohne Unterstützung der Steiermärkischen Landesregierung, die auf die diplomatischen Verhandlungen in Paris setzte, vor sich gingen – ebenso weigerte sich die Landesregierung, Kärnten zu unterstützen –, führten schließlich zum Marburger Abkommen über eine „entmilitarisierte Zone“ mit zwei Demarkationslinien am 13. Februar 1919.

Erst mit der späten Ratifizierung des Friedensvertrages im Jahre 1920 sowohl von Österreich als auch vom SHS-Staat sowie der gleichzeitig auch sehr spät einsetzenden diplomatischen Anerkennung dieses SHS-Staates von Seiten der Alliierten und Assoziierten Mächte kam es im August 1920 zur Räumung von Radkersburg und der Umgebungsgemeinden am linksseitigen Murufer. Dies war die einzige Grenzänderung im endgültigen Friedensvertrag gegenüber den vorher gemachten Vorschlägen. Gleichzeitig kam es zum Verlust des Abstaller Beckens, das – deutschsprachig – bis zum Schluß nicht von SHS-Truppen besetzt war und immer wieder als Austauschobjekt gegenüber Radkersburg und Umgebung betrachtet wurde.

So hatte der vom Landesbefehlshaber eingerichtete Grenzschutz Süd nur eine rein defensive Funktion zu erfüllen und wurde zahlenmäßig zugunsten des am 28. April

1919 gebildeten Grenzschutzes Ost abgebaut, der aufgrund der rasch wechselnden Verhältnisse in Ungarn notwendig geworden war. Der von Österreich im Dezember 1918 unternommene Versuch, eine „Republik Heinzenland“ in Ödenburg auszurufen, schlug infolge sofortigen Eingreifens des ungarischen Militärs fehl und kam daher nur für einen Tag in Mattersdorf (später Mattersburg genannt) zum Tragen. Vom 21. März 1919 bis 1. August 1919 war Ungarn eine Räterepublik unter Béla Kun, gegen die sich die restaurativen ungarischen Kräfte auch auf österreichischem Gebiet formierten. Oberst Lehár versuchte von Graz aus mit seinem militärischen Stab im Hauptstützpunkt Felzbach, die politischen Verhältnisse in Ungarn grundlegend zu ändern. Für Österreich stand das Problem Deutsch-Westungarn – das spätere Burgenland – auf der außenpolitischen Tagesordnung, die für Steiermark nur insoweit von Interesse war, als unser Bundesland in die zweimaligen Einmarschvorbereitungen und die sich daraus ergebenden Kämpfe an der Grenze involviert war. Für weitere Verwirrung der außenpolitischen Situation sorgten noch die zwei vergeblichen Restaurationsversuche Kaiser Karls im Frühjahr und Herbst 1921 in Ungarn, die beide bekanntlich scheiterten.

Der Friedensvertrag von Trianon, der durch die bereits aufgezeigte Entwicklung in Ungarn erst spät durch das Regime Horthy ratifiziert wurde, sah trotz des tschechischerseits vorgebrachten Wunsches nach einem „slawischen Korridor“ zum SHS-Staat die Abtrennung ganz Deutsch-Westungarns inklusive des Ödenburger Gebietes ohne Volkszählung, die Österreich immer gefordert hatte, vor. Aufgrund der großen Gebietsverluste Ungarns in diesem Friedensvertrag versuchte man nun ungarischerseits, wenigstens an der Grenze gegen Österreich zu einem außenpolitischen Erfolg zu kommen. Ungarische Freischaren, von denen sich die Regierung in Budapest offiziell immer distanzierte, beherrschten aber de facto militärisch das Gebiet Deutsch-Westungarns und verhinderten durch ihre militärische Gegenwehr den nur von österreichischen Gendarmerieeinheiten vorgesehenen Einmarsch im August 1921, in dessen Folge sich verschiedene Kämpfe auch auf dem Gebiet der Steiermark zutragen, zu deren Abwehr Truppen der 5. Brigade des Bundesheeres zusätzlich eingesetzt werden mußten. Am 4. Oktober wurde ein kurzfristig bestehender westungarischer Staat (Lajta Bánság) von den Freischärlern ausgerufen. In der Konferenz von Venedig wurde schließlich die neuerliche Besetzung des Burgenlandes durch Österreich bestätigt, doch mit Ausnahme des Ödenburger Gebietes, in dem es zu einer Abstimmung kam, die zugunsten Ungarns ausging.

Schließlich konnte das Burgenland, diesmal durch das Bundesheer, in zwei Etappen endgültig für Österreich in Besitz genommen werden, und zwar vom 13. bis 17. November 1921 der nördliche Teil und vom 25. bis 30. November 1921 der südliche Teil von der Steiermark aus. Diese Besetzung in zwei Etappen spiegelt die ursprünglichen Pläne wider, das nördliche Burgenland Niederösterreich, das südliche Burgenland der Steiermark zuzuschlagen, eine Tendenz, die in der Zeit von 1938 bis 1945, in der Österreich ein Teil des Großdeutschen Reiches war, zur politischen Realität werden sollte.

Für Österreich und insbesondere für die Steiermark stand nun die schwierige Aufgabe bevor, die Randgebiete an der Südgrenze und an der Ostgrenze wirtschaftlich, verkehrsmäßig und straßenmäßig zu erschließen und ihren neuen Zentren innerhalb des österreichischen Staates zuzuwenden.

II. Die innere Situation in der Steiermark bis zum Abschluß des Friedensvertrages

Fünf Komponenten waren es, die die innere Lage in der Steiermark destabilisierten – ganz anders als in Niederösterreich, dem zweiten an Westungarn grenzenden Bundesland:

1. Die zurückflutenden Truppen und deren Auflösung in nationale Gruppen im Bereich des südlichen Teiles des Bundeslandes Steiermark.

2. Die innere Front zwischen den gemäßigten Alten und den Radikalen ist gleich kommunistischen Gruppierungen.

3. Der langsam, aber umso stetiger wachsende Gegensatz zwischen sozialdemokratisch beherrschten Soldaten- und Arbeiterwehren in den Städten einerseits und bäuerlichen Heimwehren am Lande andererseits – aus einer gemeinsamen „Heimwehr“-Gründung hervorgegangen.

4. Die oben angeführten Punkte wurden noch durch die entsetzliche Versorgungslage verstärkt, die wiederum

5. zu einer anderen Haltung der Steiermärkischen Landesregierung in der Frage der Untersteiermark führte als die der Kärntner Landesregierung in dortigen Gebietsfragen. Diese Haltung der Steiermärkischen Landesregierung hatte durch die daraus entstehende Unsicherheit und Bedrohung an der Südgrenze wiederum verstärkte Auswirkungen auf die unter Punkt 1 bis 4 angeführten Aspekte.

Um von Anfang an ein Instrument zur Durchsetzung staatlicher Gewalt in dieser Umbruchszeit zu schaffen – die unter Punkt 1 bis 5 genannten Entwicklungen konnten ja noch nicht im einzelnen vorausgesehen werden – wurde mit Erlaß des Volkswehrkommandos in Graz bereits im Dezember 1918 die „Heimwehr“ im ganzen Land organisiert.

Der Militärbevollmächtigte des Wohlfahrtsausschusses für Steiermark, Hans Resel, Mitglied der sozialdemokratischen Partei und ehemaliger Reichsratsabgeordneter, legte hier im Dezember 1918 folgende Bestimmungen zur einheitlichen Gestaltung der Heimwehr vor: *Jede Ortsgemeinde kann eine Heimwehr bilden, die im Rahmen des den Gemeinden gesetzlich obliegenden Sicherheitsdienstes zum Schutze gegen Gewalttaten und Plünderungen dient. Ausnahmsweise kann die Heimwehr zur Unterstützung der Gendarmerie bei Streifungen und ähnlichen Unternehmungen herangezogen werden. Solche Verwendungen sind aber im allgemeinen auf das Gebiet der eigenen Gemeinde beschränkt und nur in dringenden Fällen im Bereich der Nachbargemeinden zulässig.* Die Bildung dieser Heimwehr gehörte bereits ab 1918 zum selbstgewählten Aufgabenbereich der Bezirkswohlfahrtsausschüsse und erfolgte gemäß der „Organisation des Wehr- und Sicherheitswesens für die deutsche Steiermark“, die die bereits erfolgten Heimwehrbildungen nachträglich sanktionierte und Grundsätze für die Aufstellung weiterer Heimwehren festlegte. Die allgemeine politische Aktivierung der steirischen Bevölkerung während der Umsturzmonate blieb also nicht auf die industrialisierten Landstriche beschränkt, sondern dehnte sich auch auf die Landbevölkerung aus, indem in enger Anlehnung an die Pfarrorganisationen Bauernräte gegründet wurden, die, mit durchwegs antimarxistischer Einstellung, sich ebenso wie die selbständige untersteirische Heimwehrorganisation unter der Leitung Dr. Willibald Brodmanns in den Abwehrkämpfen gegen die südslawischen territorialen Aspi-

rationen bewährten. Zu dieser Zeit hatte die kommunistische Werbetätigkeit in der Steiermark ihren Höhepunkt erreicht, zu der die sozialdemokratischen Gegenredner vorerst in vielen Versammlungen zunächst in unverbindlichen und dehnbaren Formulierungen Stellung nahmen. Erst der Umsturzversuch der Kommunisten in der Grazer Innenstadt am 22. Februar 1919 leitete eine unnachgiebige Haltung der steirischen Sozialdemokraten gegenüber der kommunistischen Agitation ein.

Die selbständige Einrichtung dieser paramilitärischen Heimwehrverbände in den südlichen und östlichen Landesteilen der Steiermark führte zu Zusammenstößen mit der Gendarmerie, als sich die Bauern mit Waffengewalt den Requisitionen widersetzen und darüber hinaus zu sozialdemokratischen Befürchtungen in Richtung konservativer Restaurationspläne Anlaß gaben. Daher tauchten erst zu Beginn des Jahre 1919 vereinzelt Einwände gegen weitere Heimwehrgründungen als „Schutztruppen der besitzenden Klassen“ und im Sinne eines Gegengewichtes zur sozialdemokratisch orientierten Volkswehr auf und führten schließlich zur Aufstellung einer zunächst geheimgehaltenen „Roten Garde“.

Die Übernahme der gesamten Militärverwaltung durch die beiden Militärbevollmächtigten des Wohlfahrtsausschusses, Hans Resel und August Einspinner, führte am 4. November 1918 zur Verhaftung des steirischen Militärkommandanten, General der Infanterie Freiherrn von Lukas, dessen kaisertreue Gesinnung keine Gewähr für die Aufrechterhaltung der Sicherheit zu bieten schien, eine Verhaftung, die, wenn auch nur vorübergehend, ein Signal für die neue Zeit war. Gleichzeitig erließ das Stationskommando Graz an alle Truppenunterkunftsstellen den Befehl, am Abend einen bis zwei Offiziere und einen intelligenten Mann deutscher Nationalität in die Grazer Burg zu senden, die an den Verhandlungen über die Bildung von Soldatenräten teilnehmen sollten. Damit war der Beginn für die neue Volkswehr in die Wege geleitet, deren Soldatenräte dem Rechnungsunteroffizier Ludwig Oberzaucher von Seiten der steirischen Sozialdemokratie unterstellt wurde, der auch am 12. November 1918 vom Balkon des Schauspielhauses aus die Proklamation der Republik den Grazern verkündete.¹

Die unter Punkt 2, 3, und 4 angeführten Aspekte führten schlußendlich zu Unruhen in der Steiermark, die bis zur Jahresmitte 1920 andauerten:²

– 16. und 17. November 1918: Kommunistische Unruhen in Graz und Umgebung, Bruck an der Mur, Kapfenberg und Leoben.

– 15. Februar 1919: Kommunistische Ausschreitungen in Graz, besonders vor dem Militärkommando in der Glacisstraße, vor den für 16. Februar angesetzten Nationalratswahlen.

– 22. Februar 1919: Wegen einer Demonstration in Graz am 20. Februar forderten Landeshauptmann Dr. Kaan und sein Stellvertreter Dr. Rintelen Gendarmerie aus Niederösterreich an und mobilisierten die Grazer Studentenwehr. Während in der Göstinger Au am 22. Februar eine kommunistische Versammlung stattfand, besetzten

¹ StLA, LReg Präs. E 91-715/1919.

² Zusammengestellt nach Gerhard BOTZ, Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche und Unruhen in Österreich 1918–1933, München 1976, 41ff., 78, 260f. Robert HINTEREGGER, Die Steiermark 1918/19. Phil. Diss. Graz 1971, 157ff.

Gendarmen, Sicherheitswache und Studentenwehr wichtige Plätze und Brücken in Graz. Um 17 Uhr mußten sich Gendarmen und Studentenwehr vor den zurückströmenden Demonstranten von der Grazer Murbrücke zum Murplatz zurückziehen. Dort versuchte das Arbeiter-Hilfskorps beruhigend zu wirken. Ein Demonstrant entriß einem Arbeiter-Hilfskorpsmann eine Handgranate und schleuderte sie, ohne abgezogen zu haben, gegen die Studenten, die daraufhin ein heftiges Feuer auf das Hilfskorps und die Demonstranten eröffneten. Ein Gendarm, ein Mann des Arbeiter-Hilfskorps und drei Demonstranten fielen. Die Studenten zogen sich zum Rathaus zurück und eröffneten von dort das Feuer mit einem Maschinengewehr; dabei fand ein weiterer Demonstrant den Tod. Gendarmerie und Arbeiter-Hilfskorps entwaffneten hierauf die Studentenwehr.

– 27. März 1919: Streik im Bereich der Südbahn.

– 29. März 1919: Unruhen in Graz; Kommunisten wollten sich in den Besitz der beiden Volkswehr-Panzerwagen setzen.

– März 1919: in weiten landwirtschaftlich genutzten Gebieten der Steiermark kam es zu schweren Bauernunruhen, da viele Bauern unter dem Einfluß gewissenloser Geschäftemacher ihre Waren, besonders Fleisch, nur noch zu Schleichhandelspreisen verkaufen oder ins benachbarte Ausland schmuggeln wollten, während die Bevölkerung der Städte und Industriegebiete hungerte. Am 6. März 1919 beschossen Bauernburschen bei Gleichenberg nach einem wohlwogeneren Plan eine Volkswereinheit, die die Lebensmittelaufbringung in dieser Gegend unterstützen sollte, worauf es zu einem regelrechten Feuergefecht kam. Der Gemeindevorsteher wußte zwar von den Vorbereitungen zu dieser Aktion, unternahm jedoch nichts, um sie zu verhindern. Trotz der Beschwichtigungsversuche besonnener Bauernführer, wie zum Beispiel Josef Steinbergers, kam es auch in Feldbach, Gosdorf, Nestelbach, Pöllau, Semriach und Windhof zu bewaffnetem Widerstand gegen die Gendarmerie – interessanterweise also häufig im Machtbereich des untersteirischen Bauernkommandos, der Heimwehr Brodmanns. Als schließlich eine Gendarmeriepatrouille in Hartberg schwer mißhandelt wurde, mußten im letzten Märzdrittel 700 Mann Volkswehr und Einheiten des Arbeiter-Hilfskorps zum Schutz der zuständigen Organe bei der Lebensmittelaufbringung eingesetzt werden.

– 22. bis 28. April 1919: Die Volkswehrbataillone Nr. 5 und Nr. 12 werden vom „Grenzschutz Süd“ nach Graz abgezogen, um bei der Verhaftung von Kommunistenführern Assistenz zu leisten.

– 27. April 1919: Bauernbündler sprengen eine christlichsoziale Wahlversammlung in Gleinstätten und verletzen den Redner schwer.

– 16. Februar 1920: Hungerdemonstration in Leoben; bei Schießereien vor dem Wirtschaftsamt und der Bezirkshauptmannschaft fallen zwei Gendarmen und drei Demonstranten. Erst durch das Eingreifen des Volkswehrbataillons Nr. II kann die Ruhe wiederhergestellt werden.

– 9. und 10. Mai 1920: Im Raum Feldbach kommt es zu Bauernunruhen großen Umfangs, die in Plünderungen ausarten. Ein christlichsozialer Abgeordneter zum Nationalrat wird schwer verletzt.

– 7. Juni 1920: Grazer „Kirschenrummel“, hauptsächlich mittelständische Hausfrauen demonstrieren spontan angesichts der hohen Kirschen- und Gemüsepreise.

Unter die Frauen mischen sich verschiedene deutschnationale Radaumacher. Nachmittags kommt es zu Plünderungen und zur Zerstörung eines Kinos. Daraufhin läßt Gendarmerie-Oberinspektor Lichem-Löwenburg auf dem Murplatz in die Menge feuern; Ergebnis: 15 Tote (darunter zwei junge Mädchen) und ebenso viele Schwerverwundete! Landeshauptmann Dr. Rintelen verhindert eine Bestrafung Lichems.

Damit war es aber noch nicht aus, wie wir noch später am Beispiel des Überfalls ungarischer Freischärler in Fürstenfeld am 30. Juli 1920 sehen werden.

III. Grenzziehungen

Auf das Problem der Abtrennung der Untersteiermark kann hier nur insoweit eingegangen werden, als Zusammenhänge mit der Ostgrenze sichtbar werden.³

Unter den Soldaten, die im November 1918 den deutschösterreichischen Behörden in der Steiermark zur Verfügung standen, befand sich die Volkswehr-Matrosenkompanie in Puntigam, die zum größten Teil unter Kommando von Oskar Buchberger nach Feldbach verlegt wurde (Matrosendetachment Feldbach). Am 26. Jänner 1919 hatte der Arzt Dr. Willibald Brodmann in Straden das „Bauernkommando Straden“ gegründet, das als die Keimzelle der steirischen Heimwehren bezeichnet wird. Auf Grund des Marburger Blutbades vom 28. Jänner 1919 befand er sich u. a. mit dem Matrosendetachment Feldbach im „Grenzschutz Süd“. Das „Bauernkommando Straden“ nannte sich ab 14. Februar „Heimwehrkommando Untersteiermark“, gliederte sich in die Abschnitte Feldbach, Leibnitz und Deutschlandsberg und schloß sich im Sommer 1921 der „Steirischen Heimwehr“ an.

1. Das ungarische Übermurgebiet

Im April und Mai versuchte das „Heimwehrkommando Untersteiermark“, Verbindungen zu antikommunistischen ungarischen Kreisen in Mura Szombat (Murska Sobota) aufzunehmen.⁴ Etwa zur selben Zeit sammelten sich im ehemaligen Kriegsgefangenenlager Feldbach dem neuen südslawischen Staat feindlich gesinnte Kroaten unter dem Generalstabsmajor Wilhelm Stipetić. Obgleich die Offensive der ungarischen Roten Armee in der Slowakei erhebliche Erfolge erzielte, riefen der Redakteur Vilmos Tkalec und Hauptmann Pernecky, der Kommandant jenes ursprünglich rotungarischen Bataillons, das den Grenzschutz im Übermurgebiet durchzuführen hatte, am 29. Mai 1919 die „windische Republik Murbezirk“ aus und wandten sich an Oberst Lehár um Hilfe. Dessen Adjutant, Hauptmann Josef Lorenz, kaufte Dr. Brod-

³ Zur An- bzw. Eingliederung Deutsch-Westungarns, also des Burgenlandes, gibt es zahlreiche bekannte Literatur. In diesem Beitrag wird vor allem auf Quellenmaterial des StLA zum Einmarsch 1921 von der Steiermark aus verwiesen. Vgl. dazu Burgenland in seiner pannonischen Umwelt. Festgabe für August Ernst (= Burgenländische Forschungen, Sbd. VII), Eisenstadt 1984. – Burgenland 1921. Anfänge, Übergänge, Aufbau (= Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland 95), Eisenstadt 1996.

⁴ Zum folgenden vgl. Erwin STEINBÖCK, Die Kämpfe um Radkersburg und im steirischen Grenzraum 1919 (= Militärhistorische Schriftenreihe 47), Wien 1983.

mann einige hundert Gewehre samt der erforderlichen Munition ab und schob sie Hauptmann Pernecky zu. Diese Kontakte führten am 31. Mai auch zu Verhandlungen zwischen Dr. Brodmann, Hauptmann Lorenz und Major Stipetić über eine Zusammenarbeit gegen das Regime Béla Kuns, doch mußten Tkalec und Pernecky schon am 2. Juni vor rotungarischen Kräften in die Steiermark ausweichen. Ihre Soldaten wurden hier vom „Heimwehrkommando Untersteiermark“ entwaffnet, das dadurch, abgesehen von dem Gewinn, den es aus dem vorangegangenen Waffengeschäft erzielt hatte, auch die verkauften Waffen wieder zurückerhielt.

Das Übermurgebiet wurde schließlich am 12. August 1919 von südslawischen Truppen besetzt, und dabei sollte es auch bleiben.

In diesem Übermurgebiet hatte Österreich bei den Friedensverhandlungen auf die überwiegend deutschsprechenden Ortschaften vergessen, nämlich auf Fixlsdorf, Gusenhof (Goitzenhof), Rotenberg und Sinnersdorf, die später kurzfristig in der Zeit 1941 bis 1945 dem Reichsgau Steiermark eingegliedert werden sollten – anders als die Untersteiermark, die wohl angegliedert, dennoch außerhalb der Grenzen des Großdeutschen Reiches verbleiben sollte.

Ein Detail am Rande: Dem pensionierten Pfarrer von St. Anna am Aigen war es jedoch ab 1919 auf Wunsch dieser Gemeinden gestattet worden, deutschsprachige Gottesdienste und Religionsunterricht in diesen Gemeinden zu halten und zu diesem Zweck jederzeit die Grenze zum SHS-Staat zu überqueren.

2. Die Ostgrenze

Die Lage an der österreichisch-ungarischen Grenze verschlechterte sich, als in Ungarn Béla Kun am 21. März 1919 an die Macht kam und die Räterepublik ausrief. Er stellte bereits am 24. März eine ungarische Rote Armee auf und versuchte danach, auch die kommunistische Bewegung in Österreich zu fördern – eine Absicht, der die Ausrufung der Münchner Räterepublik am 7. April sehr zugute kam. Als Reaktion auf diese Ereignisse bildete sich am 13. April 1919 in Wien das (ungarische) Wiener antibolschewistische Komitee, dessen militärische Agenden Oberst Anton Lehár leitete, dessen Name bereits in der Grenzfrage „Übermurgebiet“ erwähnt wurde.

In der Wiener ungarischen Botschaft waren 100 Millionen Kronen für kommunistische Aktionen und für Propagandazwecke bereitgestellt worden. Angehörige des Wiener antibolschewistischen Komitees erbeuteten bei einem Überfall am 2. Mai diesen Geldbetrag, der die Finanzierung seiner weiteren Maßnahmen ermöglichte. Oberst Lehár vergrößerte daraufhin seinen militärischen Stab. Am 5. Mai wurde in Szeged eine Gegenregierung unter Graf Julius Karoly gebildet, innerhalb welcher Vizeadmiral Nikolaus Horthy von Nagybánya die militärische Leitung übernahm.

Da die Zollwache nicht imstande war, die Grenzen gegen Räteungarn ausreichend zu sichern, wurde am 28. April 1919 der sogenannte „Grenzschutz Ost“ aufgestellt. Auch das SHS-Königreich richtete einen Grenzschutz gegen Ungarn ein, der wegen der Unzuverlässigkeit der kroatischen Verbände zuletzt drei der keineswegs unbegrenzt vorhandenen serbischen Divisionen band.

Der steirische Landeshauptmann Dr. Rintelen benützte die Gelegenheit und stellte gleichzeitig mit dem „Grenzschutz Ost“ einen gegen Wien und das niederösterreichi-

sche Industriegebiet im Viertel unter dem Wienerwald gerichteten „Grenzschutz Nord“ auf. Kammersänger Leo Slezak hat diesen in voller Wirksamkeit erlebt und geschildert. Am 25. Juni 1919 erzwang das Staatsamt für Heereswesen die Aufhebung dieser äußerst eigenartigen Maßnahmen, die offenkundig gegen die Staatsregierung, aber auch gegen die Stadt Wien und ihre Bewohner zielte.

Da ein Übergreifen der Kämpfe, aber auch der politischen Bewegung Béla Kuns auf Österreich befürchtet werden mußte, war, wie bereits erwähnt, am 28. April 1919 der „Grenzschutz Ost“ aufgestellt worden, der dem Staatsamt für Inneres unterstand. Er setzte sich aus 1000 ehemaligen Offizieren zusammen, von denen etwa drei Fünftel in Niederösterreich und zwei Fünftel in der Steiermark standen (eine dieser Offizierskompanien ist beispielsweise in Schiefer nachweisbar). Im Mai und im Juni mußte der Grenzschutz durch Volkswereinheiten verstärkt werden. Oberst Lehár wollte damals weißungarische Verbände auf österreichischem Boden aufstellen, wofür ihm die Steiermark günstiger erschien als der Wiener Raum oder Niederösterreich. Er verhandelte deswegen Mitte Mai mit der steirischen Landesregierung, die jedoch derartige Aktivitäten zunächst ablehnte. Schließlich erhielt er zwar eine Zusage des Kärntner Landesbefehlshabers, Oberstleutnant Hülgerth, die aber aus geographischen Gründen wertlos war.

Die Ereignisse in Ungarn und in der Slowakei machten nun die steirische Landesregierung geneigter, auf die seinerzeitigen Vorschläge Lehárs einzugehen. Am 19. Juni 1919 kam es in Graz zwischen Landeshauptmann Dr. Rintelen und Landeshauptmannstellvertreter Dr. Ahrer einerseits und Georg Szmrecsányi, Eduard von Beniczky, Graf Anton Sigray und Markgraf Georg Pallavicini als Vertretern des Wiener antibolschewistischen Komitees andererseits zu Verhandlungen. Dabei wurde sowohl die Tätigkeit des Stabes von Oberst Lehár in Graz als auch die Konzentration ungarischer Emigranten in Feldbach zugestanden. Dr. Brodmann nahm gleichfalls Kontakte zu den weißungarischen Repräsentanten auf. Er verlangte die Errichtung eines gemeinsamen Oberkommandos für den Fall, daß es zu militärischen Unternehmungen gegen die ungarische Räterepublik von steirischem Boden aus kommen sollte. Als Gegenleistung für eine allfällige Unterstützung weißungarischer Aktionen durch Verbände des „Heimwehrkommandos Untersteiermark“ erhielt er die Zusage für eine künftige Volksabstimmung in Westungarn, dem späteren Burgenland. Zumindest Oberst Lehár scheint jedoch diese Absprache nicht sehr ernst genommen zu haben. Aber auch Dr. Brodmann überschätzte, wie schon bei früheren Anlässen, seine tatsächlichen militärischen Möglichkeiten und übersah den Umstand, daß inzwischen die Friedensverhandlungen in Paris längst angelaufen waren und daß die Burgenlandfrage wohl dort und nicht in Straden oder in Graz gelöst werden würde. Lehár ließ jedenfalls daraufhin in Wien nur seinen Generalstabschef Oberstleutnant Suhay zurück und verlegte seinen umfangreichen Stab nach Graz, wo Generalstabsmajor Arthur Keresztes von Csikbánkfalva die Geschäfte eines stellvertretenden Generalstabchefs ausübte. In Feldbach wurden ungarische Emigranten angeworben, deren Schutz und Versorgung Dr. Brodmann und sein „Heimwehrkommando Untersteiermark“ übernahmen. Da Lehár über genügend Geld verfügte, war das für die Steirer ein gutes Geschäft. Nach und nach sammelten sich hier rund fünftausend Ungarn. Auch etwa die Hälfte der 10.000 Gewehre, 30 Maschinengewehre, zweieinhalb Millionen Patronen, zwölf Per-

sonen- und 30 Lastkraftwagen, über die Lehár in Österreich verfügte, gelangten nach Feldbach.

Lehár beschrieb die Lagersituation in Feldbach, das den Schutz Dr. Brodmanns genoß und von diesem auch versorgt wurde, folgendermaßen:⁵

Das Verdienst der inneren Organisation des Feldbacher Lagers zu einem Sammel-punkt patriotischer Bestrebungen, trotzdem das Zusammenströmen heterogener Elemente aller Berufs- und Gesellschaftsklassen bei stetigem Wechsel der Bewohner fast unlösbare Probleme stellte, gebührt unstreitig in erster Linie dem Artilleriemajor von Kodar, der, als Abschnittskommandant in Feldbach stationiert, alle die schwierigen Verhandlungen zwischen den politischen Behörden, Gendarmerie und Grenzschutzorganen, Arbeiter- und Soldatenräten, Brodmann und Bauernkommando zu führen hatte, überdies als Schieds- und Friedensrichter im Lager selbst intervenierte und sich das Vertrauen aller Teile zu erwerben und zu erhalten wußte. Major von Kodar hatte während des Weltkrieges als Artilleriekommandant des türkischen Marschalls Liman in Kleinasien gedient. Seine dort erworbene Geschicklichkeit in der Anwendung orientalischer Verhandlungsmethoden kam ihm nun hier zustatten.

Ohne die ganze Romantik dieses Lagerlebens im steirischen Rodosto zerstören zu wollen, in dem am Abend die schwermütige Zigeunerfiedel ertönte, Väter und Söhne, Gatten und Brüder um ihre Lieben in der nahen Heimat zitterten, alltäglich neu eintreffende Flüchtlinge neue Schaudermären über den blutigen Szamuely und seine Leninbuben brachten und fürchterliche Racheschwüre zum Himmel stiegen, ...

Ähnliches ereignete sich in Fürstenfeld, aber mit wesentlich größeren innenpolitischen Auswirkungen für die Steiermark: In der Nacht zum 30. Juli des Jahres 1920 war es sogar zu einem bewaffneten Überfall von ungarischen Freischärlern in Zivilkleidung gekommen. Von ihnen wurde ein Waffenlager zu Fürstenfeld in der Josefikapelle ausgeraubt, in welchem 21 Maschinengewehre und 2000 Gewehre aufbewahrt waren. Passanten und Wachorgane, die während des Überfalls hinderlich waren, wurden vorübergehend interniert. Nach getaner Arbeit zogen sich dann die „Banditen“, wie sie von der Bevölkerung bezeichnet wurden, wieder über die Rudersdorfer Straße zurück. Die Waffen hatten sie in drei Lastautos untergebracht. Die Bevölkerung war der Meinung, daß der Waffenraub nur mit Unterstützung österreichischer Stellen möglich gewesen sein konnte. Diese Meinung hatte auch der Abgeordnete Weixelberger im Steiermärkischen Landtag zum Ausdruck gebracht, wenn er gegen die „monarchistischen Hochverräter“ und „Horthybanditen“ zu Felde zog. In diesem Zusammenhang wurde auch der Name des österreichischen Leutnants Hohl genannt, der sich in einem aufgefangenen Brief, den Weixelberger dem Landeshauptmann Rintelen vorgelegt hatte, als Verbindungs-offizier zur Horthy-Armee bezeichnet hatte. Wie weit Hohl wirklich mit der Fürstenfelder Waffengeschichte in Verbindung stand, kann hier nicht erwiesen werden. Daß die Monarchisten in der aus dem Umsturz hervorgegangenen Republik Österreich und die Nationalisten Ungarns im neuen österreichischen Staat einen Feind sahen, ist einleuchtend. Jedenfalls hatten die Vorfälle in Fürstenfeld zur Folge, daß es in Graz zu schweren Arbeiterdemonstrationen kam, bei denen Machold die Enthebung des Gendarmeriedirektors von Steiermark, Peinlich, forderte.

⁵ Ebda., 32, mit Anm. 94 und 98.

Am 4. August 1919 kam es in Wien zum Bruch zwischen Oberst Lehár und Hauptmann Gyula Gömbös, der schon damals ein Führer der „freien Königswähler“, also der Anhänger eines nationalen Königs, gegen die „Karlisten“ war, die eine Rückkehr König (Kaiser) Karls anstrebten. Lehár kehrte sofort nach Feldbach zurück, wo aus der großen Zahl der Exilungarn allerdings bloß ein 350 Mann starkes Bataillon unter Oberstleutnant Ernst Pirkner formiert werden konnte. Dr. Brodmann wollte – wiederum in Verkennung seiner politischen und militärischen Möglichkeiten – seine Heimwehrformationen gemeinsam mit Lehárs Bataillon am 8. August in Westungarn einmarschieren lassen. Oberst Lehár wußte einerseits genau, daß seine überwiegend bäuerlichen ungarischen Freiwilligen nur für rein lokale Aktionen zu verwenden waren, befürchtete aber andererseits, daß der Einmarsch von Brodmanns Heimwehr ein Präjudiz in der Burgenlandfrage darstellen könnte. Er verließ daher noch am selben Tag gemeinsam mit dem Grafen Sigray Feldbach und reiste über Schiefer nach Ungarn ein. Am 6. August konnte er in Steinamanger (Szombáthely) der Gegenrevolution zum Durchbruch verhelfen. Am darauffolgenden Tag überschritt das Feldbacher Bataillon um drei Uhr früh die Grenze und schloß sich ihm an. Dr. Brodmanns Heimwehren konnten hingegen nicht in Marsch gesetzt werden. Wahrscheinlich war das sogar ein Glück für das Burgenland, da man wohl sicher versucht hätte, die späteren Unternehmungen der ungarischen Freischärler unter Hejjas und Pronay mit dem Einmarsch irregulärer österreichischer Kräfte zu rechtfertigen. Lehár baute dann als Militärkommandant von Westungarn in seinem Bereich die Lange Zeit hindurch einzigen verwendbaren Verbände der neuen ungarischen Armee auf.

Ein Jahr später, im Sommer 1920, überfielen 800 Freischärler und Österreichische Legionäre unter Hauptmann Anton Barndorfer im Auftrag des berühmten Bandenführers Iván Hejjas das Lager Feldbach, wo größere Waffenbestände Lehárs zurückgeblieben waren, und raubten einige tausend Gewehre und einige Maschinengewehre.

IV. Der österreichisch-ungarische Friedensvertrag

Dieser, mit Verspätung erst am 26. Juli 1921 in Kraft tretend, bestimmte die Abtrennung „Westungarns“ von Ungarn und dessen Anschluß an Österreich als späteres eigenes Bundesland mit Namen „Burgenland“. Auf das diplomatische Tauziehen bis hin zum ersten Landnahmeversuch und insbesondere danach bis zur endgültigen Inbesitznahme kann in diesem Beitrag nur kurz verwiesen werden.

Die Steiermark hatte an der An- bzw. Eingliederung Westungarns auch insofern vitales Interesse, als sie in dieser einen Ersatz für die fruchtbaren Gebiete der an Slowenien bzw. an den SHS-Staat abgetretenen Gebiete der Untersteiermark sah. Auch die Bezirksvertretung Fürstenfeld, die Bezirksausschüsse Weiz und Mureck hatten sich für diese „Lebensfrage“ der Steiermark bei der Steiermärkischen Landesregierung mit „Petitionen“ eingesetzt.⁶ Deutlich geht dies aus einem Bericht des steirischen Landeshauptmanns Rintelen vom April 1920 an das Staatsamt für Inneres und Unterricht

⁶ StLA, LReg Präs. A 5b-452/1919.

(Verwaltungsstelle für Westungarn) in Wien hervor, der auch viele Hinweise aus älterer Zeit aus diesen Gemeinden enthält. Er wird hier im Volltext wiedergegeben:⁷

Anlässlich einer Informationsreise über die Grenzbestimmung im Abstaller Becken und bei Radkersburg hat am 11. d. M. eine Abordnung aus den Gemeinden längs der ungarisch-Steirischen Grenze zwischen Libau (Liba) und Kaltenbrunn (Vashidegkut) ersucht, ihre Wünsche über die künftige Staatszugehörigkeit dieses Gebiets entgegenzunehmen. Aus dem Bezirke Olsnitz (Muraszombat) waren die Gemeinden Füxlitz (Kismárhavas), Guitzenhof (Gedövar), Sinnersdorf (Hátárfalva), Sertitzen (Sereg-haza), Jörgelsdorf (Görhegy), Sotina-Stadelberg (Hegyszoros) vertreten. Außerdem waren auch Repräsentanten der durch den Friedensvertrag bereits zum Burgenland gehörigen Gemeinden Bonisdorf (Bonisflva), Kalch (Mesyölgy), Krottendorf (Békató), Libau (Liba), Mühlgraben (Malomgödör), Neuhaus-Krobotsdorf (Vasodobra) und Tautchen (Toka) aus dem Bezirke St. Gotthard anwesend.

Die erschienenen Vertreter wiesen auf den einstimmigen Wunsch der Bevölkerung von Libau bis Kaltenbrunn hin, an Steiermark angeschlossen zu werden. Sie erklärten sich zu allfälligen Opfern bereit, falls sie nur der jugoslawischen oder magyarischen Herrschaft entgehen könnten. Das in Betracht kommende Gebiet ist hauptsächlich fruchtbarer Ackerboden, zum kleineren Teil Waldland. Es handelt sich hier um eine rein deutsche Bevölkerung auf seit Jahrhunderten deutschem Boden. Von den erwähnten 13 Gemeinden sind nur Sertitzen und Sotina gemischtsprachig, ungefähr 50 % Slovenen, doch sind diese durchwegs deutschfreundlich. In Jörgelsdorf sind nur einige Slovenen. Alle übrigen Gemeinden sind rein deutsch. Das Volksbewußtsein dieser Bewohner ergibt sich insbesondere auch daraus, daß die Bewohner trotz der ungarischen Verwaltung ihr Deutschtum ungeschmälert erhalten haben, Slovenisch versteht in den Gemeinden überhaupt fast niemand.

Von den Vertretern einzelner Gemeinden wurden bei der Besprechung ältere Urkunden übergeben, aus denen hervorgeht, daß die Gemeinden mindestens schon im 18. und 19. Jahrhundert deutsch waren. Die Vertreter aller Gemeinden beabsichtigen überdies an der Hand der Matriken Zusammenstellungen über die Bodenständigkeit deutscher Familien zu verfassen, die geeignet sind, der internationalen Grenzkommision als Nachweis des ursprünglich deutschen Charakters der Gegend vorgelegt zu werden.

In wirtschaftlicher Beziehung gravitieren alle Gemeinden nach Steiermark, wo sie ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse absetzen und dafür Industrieartikel eintauschen. Als Märkte kommen für sie neben Radkersburg die Orte St. Anna, Fehring und Feldbach, alle in Österreich, in Betracht. Durch Aufrichtung einer Zollgrenze an der alten Reichsgrenze gegen Ungarn würden alle diese Beziehungen unterbrochen, was für die Gemeinden vom größten Schaden wäre. Von Belang ist auch, daß die Bewohner dieser Gemeinden einen namhaften Grundbesitz auf steiermärkischem Gebiet haben. Eisenbahnverbindungen auf jugoslawischen Boden fehlen für dieses Gebiet vollständig, vielmehr gravitiert es auch diesbezüglich nach Österreich: Strecke Radkersburg–Spielfeld, beziehungsweise Graz–Fehring–St. Gotthard.

⁷ StLA, LReg Nat. P. A 5b-158/1920.

Wiewohl einzelne Gemeinden eigene Pfarren besitzen, besuchen nach den Mitteilungen der Vertrauensmänner 90 % der Bewohner den Gottesdienst in den österreichischen Kirchen in St. Anna am Aigen und Klöch. Der Postverkehr wickelt sich ebenfalls größtenteils über St. Anna ab.

Als anzustrebende Grenze dieses Gebietes wurde eine Linie bezeichnet, die, von der bisherigen Grenze bei Radkersburg ausgehend, noch die Gemeinde Kaltenbrunn (Vashidegkut) umfaßt, dann in nördlicher Richtung der Lendva folgend und vor jener Stelle, wo die Straße die Lendva in der Richtung West–Ost überschreitet, in gleicher Richtung über den Fluß setzen würde, um sodann auf dem Höhenkamm östlich der Lendva über Kote 350 und 345 gegen Toka zu ziehen, wo der Anschluß an die deutschwestungarische Friedensgrenze erfolgen würde.

Bei dieser Grenzfestsetzung würde der Straßenzug Jennersdorf (Gejanafalva)–Kaltenbrunn (Vashidegkut)–Radkersburg durchwegs auf österreichischem Boden verlaufen.

Da es Österreich vor allem darum zu tun sein muß, Ackerboden zu gewinnen, um seine Industriebevölkerung wenigstens zum kleinen Teil selbst ernähren zu können, und auch jugoslawischerseits auf dieses Gebiet kein besonderes Gewicht gelegt zu werden scheint, besteht die Möglichkeit einer Erwerbung eines nicht unwichtigen streifen Landes. Hierbei muß noch darauf hingewiesen werden, daß anlässlich der angeführten Besprechung die Gemeindevertreter mitteilen, daß sich vor ganz kurzer Zeit der jugoslawische Regierungskommissär von Muraszombat dahin äußerte, die in Betracht kommende Bevölkerung möge, falls es zu einer Volksabstimmung in den von Jugoslawien „Prekmurje“ genannten Gebiet kommen sollte, für den Anschluß an Österreich eintreten, da es dem SHS-Staate selbst daran gelegen sei, den Zuwachs deutscher Gemeinden, die für ihn ohne besondere Wichtigkeit seien, zu vermeiden.

Falls diese Angabe richtig ist, könnte sie den Anlaß bieten, dieser an sich gewiß nicht sehr aussichtsreichen Angelegenheit doch einen Erfolg zu ermöglichen. Es ist ja nicht ganz unwahrscheinlich, daß Jugoslawien über die Bestimmungen des neuredigierten Friedensvertrages mit Ungarn bereits orientiert ist. Falls dieser Friedensvertrag eine Volksabstimmung in diesem Gebiet vorsieht, so müßte daher gewirkt werden, daß die Bewohner dieser Gegend nicht nur zwischen dem SHS-Staate und Ungarn wählen, sondern auch sich für den Anschluß an Österreich erklären können.

Dies wäre noch aus dem Grund besonders wichtig, weil es gefährlich wäre, die Erwerbung dieses Gebietes einer Konzession Jugoslawiens zu verdanken, da im letzten Falle gewiß damit zu rechnen wäre, daß diese Bereitwilligkeit zur Freigabe der in Betracht kommenden Gemeinden nur einen Versuch darstellt, Österreich für eine Preisgabe anderer wichtiger Punkte zugänglich zu machen.

Es dürfte sich daher dringend empfehlen, sich so rasch wie möglich mit dem österreichischen Gesandten in Paris ins Einvernehmen zu setzen, daß er, falls für das Gebiet Prekmurje eine Volksabstimmung vorgesehen ist, was in vorsichtiger Weise festzustellen wäre, dahin wirke, daß die Volksabstimmung, insofern es sich nicht um das bereits durch den Friedensvertrag Oesterreich zugesprochene westungarische Gebiet handelt, gemeindeweise erfolge und nicht nur die Wahl zwischen Ungarn und Jugoslawien, sondern auch für Österreich freilasse. Dies dürfte angesichts des vermutlichen geringen Widerstandes Jugoslawiens vielleicht nicht allzu schwer zu erreichen sein. Möglicher-

weise nimmt Jugoslawien an, daß die deutschen Gemeinden von Prekmurje eher für Ungarn als für den SHS-Staat stimmen werden. Da Jugoslawien eine Stärkung des ungarischen Staates auf jeden Fall vermeiden will, dürfte ihnen eine Angliederung dieser Gemeinden an Österreich, das ihm jedenfalls weniger gefährlich dünkt, genehmer sein. Auch in dieser Richtung hin müßten in Paris vorsichtige Schritte eingeleitet werden.

Da dringende wirtschaftliche Gründe auch den weiter östl. gelegenen Gemeinden den Anschluß an Österreich wünschenswert erscheinen lassen, könnte eine gemeindeweise Volksabstimmung für Österreich sogar ein größerer Erfolg erzielen, als die Gewinnung der an der Besprechung beteiligten Gemeinden. Dies fiele für die Erleichterung der Ernährungslage Österreichs ganz besonders in Gewicht.

Schließlich wird noch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß das in Betracht kommende Gebiet nicht den Anschluß an das Burgenland, sondern an Steiermark wünscht, zu dem es, wie bereits ausgeführt, nach der örtlichen Situation in engsten wirtschaftlichen Beziehungen steht.

Im Österreichischen Friedensvertrag von St. Germain wurden die deutschen Sprachinseln bei St. Gotthard im Raabtal nicht erwähnt, weil sie von Österreich nicht beansprucht worden waren, so Raabafidisch, Oberradling, Unterradling und Jakobsdorf.

Trotz österreichischer Forderung mußten Großdorf und Pernau abgetreten werden. Dafür erhielt Österreich Linsing, ohne es gefordert zu haben.

Von Mitte 1920 an hatten die Aktivitäten der ungarischen Freischaren – nicht zu verwechseln mit den sogenannten „Freischärlern“ – zugenommen. Eine weitere Steigerung der politischen Agitation bewirkten die beiden zwischen dem 26. und 29. März beziehungsweise dem 20. und 23. Oktober 1921 gescheiterten Versuche Exkönig Karls, den ungarischen Thron zurückgewiesen. Im März war Karl überdies über steirisches Gebiet nach Oberwart gefahren.

Flugblätter wurden in den Personenwagen des Zuges nach Fehring ausgeteilt, die für die Beibehaltung Westungarns bei Ungarn und gegen die geplante Besetzung durch die angeblich „rote“ deutsch-österreichische Reichswehr protestierten.⁸ So hieß es in einem Flugblatt unter anderem:⁹ *Was will Renner? Westungarn mit tschechischen Legionären besetzen und die deutschen, kroatischen und ungarischen Familien aus dem ererbten Besitz verjagen.*

V. Der erste Landnahmeversuch durch die österreichische Gendarmerie (28.–31. August 1921)

Eine interalliierte Kommission – auch als Generalkommission bezeichnet –, ohne Waffen und ohne eigene Truppen, unter dem italienischen General Carlo Antonio Ferrario sollte die reibungslose Übergabe der Österreich zugesprochenen Gebiete Ungarns gewährleisten. Ihre Tätigkeit beschränkte sich somit auf Sitzungen, Interventionen und plakatierte Aufrufe.

⁸ StLA, LReg Präs. Ab 5b 1944/1921 (BH Hartberg, Zl. 18338 vom 5. 9. 1921).

⁹ StLA, LReg Präs 5b-883/1920.

Als sich im Frühjahr 1921 die Nachrichten über den Aufbau von ungarischen Freischaren verdichteten, erließ das Heeresministerium dann doch am 2. Juni 1921 die Weisung, innerhalb der sechs Brigaden des österreichischen Bundesheeres (Nr. 1, 2 und 3: Wien-Niederösterreich, Nr. 4: Oberösterreich, Nr. 5: Steiermark, Nr. 6: Kärnten-Salzburg-Tirol-Vorarlberg) je zwei Bataillone für eine auswärtige Verwendung bereitzuhalten. Wenige Tage später, am 11. Juni 1921, wurde der Kommandant der 1. Brigade, Oberst Rudolf Vidossich, angewiesen, ein enges Zusammenwirken zwischen der „Verwaltungsstelle des Burgenlandes“ und Heeresdienststellen anzubahnen und die Pläne für die Landnahme im engsten Einvernehmen mit dem zukünftigen Landesverwalter, Sektionschef Dr. Robert Davy, vorzubereiten.

Am 29. Mai 1921 setzten auf österreichischer Seite die Vorbereitungen zum Einmarsch der zivilen Behörden in das Burgenland ein. Zu diesem Zweck wurde der Gendarmeriegrenzschutz allein der Steiermark auf 940 Mann verstärkt, der hier außerdem an den Truppen der 5. Brigade des Bundesheeres zusätzlichen Rückhalt fand.

Allerdings sollte es zu keinem Einsatz des Heeres kommen. Ungarn hatte im Burgenland, wo der Bevölkerung der „rote Terror“ der Räterediktatur noch deutlicher vor Augen stand, eine geschickte Agitation gegen Österreich mit dem Argument entfaltet, daß dort der schleichende Bolschewismus herrsche und das österreichische Heer eine bolschewistische Rote Armee sei, die das Land für das hungernde Wien ausplündern wolle. Diese Propaganda wirkte umso verheerender, als auch österreichische Zeitungen in dasselbe Horn bliesen. Die so entstandene Unruhe im Burgenland aber nützte man dazu, um nun die interalliierte Kommission davon zu überzeugen, daß es gefährlich sei, österreichische Heeresabteilungen in das Land einmarschieren zu lassen.

Der ungarische Plan gelang vortrefflich. Die Vertreter der Entente verboten tatsächlich den Einmarsch des Heeres. Nach den Anordnungen der Ententekommission sollten am 28. August lediglich Gendarmerie und Zollwache die bisherige Staatsgrenze überschreiten und unter der Führung von Entente-Offizieren bis zur Linie A vorrücken, die folgendermaßen verlief: Heiligenkreuz–St. Michael–Kohfidisch–Stadtschlaining–Deutsch Gerisdorf–Oberpullendorf–Shrnftog (Agfalva)–Mörbisch–nordostwärts über den Neusiedler See–Frauenkirchen–Halbturn–Zurndorf–Kittsee.

Am 29. August sollte sodann die Ostgrenze des abzutretenden Gebietes, die Linie B (auch „Trianoner Grenzlinie“ genannt), erreicht werden und der Landesverwalter in Ödenburg das Gebiet von der interalliierten Generalkommission in aller Form übernehmen. Zwar erteilte am 19. August 1921 das Heeresamt den Brigadekommandos 1, 2, 3 und 5 den Befehl, für den 28. August sieben Infanteriebataillone, eine halbe Schwadron, drei Batterien und eine technische Kompanie zur etwaigen Verwendung bei der Angliederung des Burgenlandes bereitzustellen, doch sollten lediglich Verbindungskompanien des Heeres bei Jennersdorf und bei Kirchschatz die Fernsprechanlüsse für die Gendarmerie herstellen.

Am 28. August 1921 marschierten die Gendarmen in das Burgenland ein, wo sie von den ungarischen Freischaren sofort in blutige Gefechte verwickelt wurden. Anlässlich des Rückzuges der Gendarmen am 31. August stießen Ungarn auch auf österreichisches Gebiet vor, worauf ihnen Kräfte des Bundesheeres bei Fehring und Gendarmen bei Sinnersdorf entgegneten mußten.

Dieser Versuch der Besetzung im August 1921 war österreichischerseits nur durch Gendarmeriekräfte unternommen worden. Innenpolitische Auseinandersetzungen, das Mißtrauen in die Volkswehren von seiten der christlichsozialen Regierung, hatten dazu geführt, daß die interalliierte Kommission schließlich selbst zu dieser Entscheidung gekommen war. Die Gendarmeriekräfte trafen auf weit überlegene Einheiten (die Gendarmerie verfügte nur über Gewehre), so daß bei deren Rückmarsch Kräfte des Bundesheeres zusätzlich eingesetzt wurden, die in der darauffolgenden Zeit die alte Grenze der Steiermark und Niederösterreichs zu Deutsch-Westungarn gegenüber Freischärlerangriffen verteidigen sollten, was z. B. im Gefecht von Kirchschatz nur nach längeren schweren Kämpfen gelang. Ebenso kam es zu einem Freischarenüberfall in Bruck an der Leitha (24. September 1921) mit heftigen Kämpfen.

Im südlichen Burgenland, dem Einmarschgebiet von der Steiermark aus, stand das Gros der Freischärler mit dem Schwerpunkt um Oberwart. Gegenüber dem unter Führung von Rittmeister Ranzenberger stehenden Reserve-Gendarmeriebataillon Nr. 2 standen hier die Freischaren Pronays, Erdöds und des Franziskanerpaters Bonis. In Bernstein befand sich eine Reiterabteilung unter Dr. Emerich Egan, bei Pinkafeld stand die aus 50 Mann bestehende Gruppe des Oberleutnants László Kuti, bei Allhau waren 40 Mann unter Leutnant Tibor Hejjas versammelt, und bei Burgau war die hauptsächlich aus Székeln bestehende Gruppe des Oberleutnants László Somogyi-Köllö, die etwas über 70 Mann zählte, in Stellung gegangen.



Die 7. Kolonne an ihrem Versammlungsort in Friedberg, 27. August 1921. LMJ, Bild- und Tonarchiv.

Als hier die Gendarmerie die alte Reichsgrenze überschritt, wurde sie sofort von diesen Kräften angegriffen und in heftige Gefechte verwickelt. Keine der drei Kolonnen (Nr. 7, 8 und 9) konnte auch nur eines ihrer Ziele erreichen. Die Kolonne Nr. 7 mit 202 Gendarmen und 22 Zollbeamten, von Friedberg ausgehend, geriet bei Pinkafeld in heftiges Gewehr- und Maschinengewehrfeuer und mußte sich unter Verlusten wieder zurückziehen. Ihre beiden Nachbarabteilungen (Kolonne Nr. 8, Ausgangspunkt Hartberg, und Kolonne Nr. 9, Ausgangspunkt Burgau) wurden schon wenige hundert Meter nach der Grenze zur Umkehr gezwungen. Außer zwei Gendarmeriebeamten wurden hier auch zwei Zivilisten, die sich den österreichischen Truppen angeschlossen hatten, teils schwer verletzt, teils getötet. Am nächsten Tag versuchten die Kolonnen 7 und 8 nochmals über die steirische Grenze zu gehen, doch wurden sie wieder zurückgeschlagen. Damit war die Landnahme auch im südlichen Teil – ebenso wie im nördlichen – gescheitert.

Die mit der Übergabe betrauten Entente-Offiziere waren machtlos und konnten Österreich nur raten, den Vormarsch einzustellen und zu warten, bis Ungarn in der Lage sei, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Da im Gegenzug die ungarischen Freischärler im Süden bereits die Grenze überschritten, beantragte der Heeresminister beim Bundeskanzler eine weitgehende Verwendung der Wehrmacht als Grenzschutz. Der Abschnitt Steiermark wurde dem Kommandanten des Alpenjägerregiments Nr. 9, Oberst Wilhelm Medicus, übertragen, mit dem Standort Hartberg, wo auch die Abschnittsreserve lag. Die Alpenjägerregimenter Nr. 9 und 10 stellten fünfeinhalb Infanteriekompanien und zweieinhalb Maschinengewehrkompanien, die Schwadron Nr. 5 stellte einen Reiterzug und einen MG-Zug. Einzelne Gruppen sicherten an den wichtigsten Einbruchstellen der Steiermark: bei Fehring, Fürstenfeld, Burgau, Wörth, Allhau, Lafnitz und Sinnersdorf. Die Freischärler versuchten im Süden, in mehreren Stoßtruppunternehmungen in steirisches Gebiet einzubrechen. Der Gendarmerieposten von Sinnersdorf wurde besonders heftig angegriffen und mußte schließlich unter Verlusten aus seiner sehr ungünstigen, auf drei Seiten vom westungarischen Gebiet umfaßten Lage um drei Kilometer nach Norden zurückgenommen werden. In Bernstein hatte auf der Gegenseite eine Freischar unter dem Kommando des ehemaligen Obergespanns von Szolnok und Békés, Dr. Emmerich Egan, Stellung bezogen, der ein gebürtiger Bernsteiner war. Er hatte die Aufgabe, mit seiner Reiterabteilung – etwas mehr als 30 Mann – während der Kämpfe im Pinkatal die nördliche Flanke der Freischärleroperationen zu decken, doch die geschickt geführte Gendarmerie brachte seinen Leuten große Verluste bei und nahm ihn selbst gefangen.

Inzwischen wurde in Oberwart, dem Hauptquartier der Freischärler im südlichen Kampfabschnitt, beschlossen, die Front der Österreicher im Zöbern- und Rabnitztal durch einen massiven Angriff aufzurollen. Es kam zum Angriff der Freischärler auf Kirchschatz am 5. September 1921, wodurch die im Wehrgesetz vorgesehene Notwendigkeit eingetreten war, die Grenzen Österreichs durch das Bundesheer zu schützen. Oberst Vidossich verfügte am 8. September in den Abschnitten Niederösterreich und Steiermark zwischen Kittsee und St. Anna am Aigen über neun Bataillone, zwei Schwadronen Kavallerie und zwei Batterien.

Die Tätigkeit der ungarischen Freischaren nahm indessen weiter zu. Sie überschritten die Staatsgrenze, unterbrachen Bahnlinien und überfielen Gendarmerieposten.

Besonders schwere Angriffe richteten sie gegen die Lafnitzbrücke, deren Besitznahme oder zumindest Zerstörung sie anstrebten. Da die Entente jedoch die Verwendung des Bundesheeres im Burgenland noch immer verweigerte, beschloß die österreichische Regierung die endgültige Räumung des Landes. Alle noch auf ungarischem Boden stehenden Gendarmerieposten wurden am 10. September im Norden hinter die Staatsgrenze zurückgezogen. Die Freischärler folgten nach.

In einem langen Bericht der Bezirksverwaltung Jennersdorf, nach Fehring (Hohenbrugg) verlegt, wurde die örtliche Lage geschildert, die dem Bezirksverwalter nicht so unhaltbar schien wie dem Gendarmeriekommandanten, der Jennersdorf nicht mehr halten wollte. Gleichzeitig teilte der Bezirksverwalter dem Landesverwalter mit, daß ein Verrat des Bürgermeisters von Fehring, Dr. Schwagula, bezüglich der Aufmarschpläne der österreichischen Gendarmerie unter Zuhilfenahme eines ungarischen Offiziers ins Burgenland entdeckt und unterbunden werden konnte und Bürgermeister Dr. Schwagula in Graz interniert wurde.¹⁰

Das Landesgendarmeriekommando für das Burgenland verfaßte daraufhin einen Bericht über die zehn Gefallenen und 18 Verwundeten, die die Gendarmerie seit dem 28. August 1921 zu beklagen hatte.¹¹

Die Botschafterkonferenz in Paris schritt nun als Hüterin der Friedensverträge energisch ein und verlangte von Ungarn die Räumung des Burgenlandes bis zum 4. Oktober. Ungarn zog nun zwar die regulären Verbände aus dem Burgenland ab und übergab das Gebiet der interalliierten Generalkommission, die aber tatenlos zusehen mußte, wie die Freischärler nun endgültig die Macht an sich rissen und am 4. Oktober in Oberwart den unabhängigen Staat „Lajta-Banság (Lajta-Banat)“ ausriefen, der aber bereits am 4. November wieder zu bestehen aufhörte.

Die einzelnen Freischaren blieben auch weiterhin im ganzen Grenzgebiet sehr rührig und fügten dem österreichischen Grenzschutz große Verluste zu. Da man auch in Ungarn die Kontrolle über die Freischärlerbanden zu verlieren begann und ein zweiter Restaurationsversuch Kaiser Karls bevorstand, war man auch in Ungarn bestrebt, die Burgenlandfrage möglichst schnell zu lösen. Unter diplomatischem Druck Italiens im Protokoll von Venedig vom 13. Oktober 1921 verpflichtete sich Ungarn, das Grenzgebiet von den Banden zu säubern und für die ordnungsgemäße Übergabe an Österreich zu sorgen, wogegen Österreich in eine Volksabstimmung in der Stadt Ödenburg und in acht benachbarten Landgemeinden einwilligte, die im ursprünglichen Friedensvertrag nicht vorgesehen war und somit eine nachträgliche Korrektur der Pariser Vororteverträge darstellte.

Die Rückkehr Kaiser Karls nach Ungarn, der am 22. Oktober in Ödenburg eintraf, führte zu einem weitgehenden Zusammenbruch der militärischen Kraft der Freischärler im nördlichen Burgenland, nur südlich von Friedberg fanden noch am Monatsende wiederholt Überfälle auf österreichische Feldwachen statt, die zwar an sich belanglos waren, aber mittelbar doch große Opfer forderten. Als nämlich am Morgen des 1. November das Abschnittskommando von Hartberg aus einen Zug des Alpenjägerregiments Nr. 9 auf einem Lastkraftwagen zur Unterstützung dieser Feldwachen ent-

¹⁰ Burgenländisches Landesarchiv, Landesverwaltungsamt, Karton 2, Zl. 144/1921.

¹¹ StLA, Miscellen, Karton 502, fol 67/69.

sandte, stürzte der Wagen zwischen Friedberg und Pinggau ab und begrub alle Insassen unter sich. Neun Mann waren tot, alle übrigen wurden verletzt. An der Stelle des Absturzes wurde später ein Denkmal errichtet.

Inzwischen hat die ungarische Regierung mit der Entwaffnung bzw. mit den Abzug der Freischärlerformationen begonnen. Am 11. November verständigten endlich die Generäle der Interalliierten Kommission von Ödenburg aus die österreichische Bundesregierung davon, daß das Burgenland gänzlich von ungarischen Banden gesäubert sei. Gleichzeitig wurde Österreich aufgefordert, das Gebiet bis zu der im Friedensvertrag von Trianon festgelegten Grenze – mit Ausnahme des Abstimmungsgebietes um Ödenburg – zu besetzen. Das Heeresministerium befahl darauf den Einmarsch für den 13. November 1921.

VI. Zweiter Einmarsch und erfolgreiche Landnahme Westungarns (November 1921)

Der Einmarsch in den nördlichen Teil des Burgenlandes erfolgte vom 13. bis 17. November, der Einmarsch in den südlichen Teil vom 25. bis 30. November. Am 25. November rückte die 4. Brigade in drei Kolonnen mit fünf Bataillonen und drei Batterien von Hartberg, Lafnitz und Friedberg nach Allhau, Riedlingsdorf und Pinkafeld vor. Dabei gab es laufend Probleme wegen der „Einquartierung“ der Truppen in diesen steirischen Orten.¹²

Für den Einmarsch in das südliche Burgenland, also von der Kote Prentenkogel 605 bis an den Südpunkt des Landes, wurde folgendes verfügt: Die Besetzung¹³ erfolgt durch das Bundesheer nach speziellen Weisungen. Unmittelbar hinter dem Bundesheer folgen eigene, aus den damaligen Ständen gebildete Gendarmerieformationen für den Feldpolizeidienst. Die Gendarmerieformationen sind in drei Courtons gegliedert, die ihre Weisungen direkt vom Brigadekommando 3 (Oberinspektor Schindler) erhalten. Das erste marschierte aus Hartberg ab, das zweite aus Burgau, das dritte aus Fürstenfeld und Fehring. Die steirischen Courtons erhielten ihre Weisungen entweder direkt oder von Oberinspektor Nekarda vom 4. bzw. 5. Brigadekommando.

Am 26. November erreichte die 5. Brigade Tschantschendorf, St. Michael und Stegersbach, die 4. Brigade Rotenturm, Oberwart und Oberschützen und (zugleich mit einem Bataillon der 3. Brigade) Stadtschlaining. In den letzten Novembertagen wurde die Besetzung zu Ende geführt. Im Gegensatz zum ersten Versuch im August desselben Jahres ging dieser zweite Einmarsch, diesmal durch Kräfte des österreichischen Bundesheeres, ohne Widerstand vor sich.

Wie Fritz POSCH in seiner Geschichte des Bezirkes Hartberg schreibt, gehörte der Kampf um das Burgenland zu den aufregendsten Ereignissen für die oststeirischen Grenzgebiete seit der Kuruzzenzeit, denn diese furchtbaren Zeiten schienen sich ja zu wiederholen. Monate hindurch lebte die Bevölkerung der Grenzgebiete in Angst und Schrecken. Erst die Besetzung des Burgenlandes befreite sie von diesem Alptraum.¹⁴

¹² StLA, BH Hartberg Präs. 66 vom 23. 11. 1921.

¹³ Dazu Einmarschanweisungen im StLA, Miscellen, Karton 502, fol. 97.

¹⁴ Fritz POSCH, Geschichte des Verwaltungsbezirkes Hartberg, 1. Tl., 2. Tlbd., Graz–Hartberg 1978, 52–56.

Diese „Landnahme Westungarns“ verschob auch die seit 1043 bestehende deutsch-ungarische bzw. steirisch-ungarische Grenze um viele Kilometer nach Osten, wodurch der Grenzbezirk Hartberg ein Binnenbezirk Österreichs wurde und die fast neunhundertjährige unmittelbare und Jahrhunderte ständig bedrohliche Lage an der Ostgrenze aufhörte.

In den drei neuen Bezirkshauptmannschaften Oberwart, Güssing und Jennersdorf wurden von Seiten Österreichs größere Entschädigungen für Sachschäden, die im Zuge der „Landnahme-Wirbel“ entstanden waren, an die betroffene Bevölkerung ausbezahlt. Da Westungarn – nunmehr das Burgenland – verkehrsmäßig nur in Richtung Ungarn erschlossen war, stand auch in dieser Hinsicht für Österreich eine große Aufgabe bevor. Vom Bahnhof Friedberg aus wurde das Burgenland durch den Bau der Lokalbahn nach Pinkafeld an die Aspangbahn angeschlossen. Den großen Höhenunterschied glich man durch eine Umfahrung und den Bau des Hochstraßentunnels aus. Am 25. November 1925 war die festliche Eröffnung der Burgenlandbahn. An der ersten Fahrt ins Burgenland waren Lokomotive und Wagen sowie der Bahnhof mit Fahnen, Reisig und Blumen festlich geschmückt. Es nahmen daran der Bundespräsident, der Bundesminister für Handel und Verkehr und viele hochgestellte Persönlichkeiten der Bundesbahnen teil. Auch alle neuen Bahnhöfe im Burgenland trugen Festschmuck, und die Bahnhofsgelände waren mit jubelnden Burgenländern dicht besetzt.

Zur Erinnerung an diesen großen Tag befindet sich auf dem Bahnhof in Friedberg eine vom damaligen Bundesminister für Handel und Verkehr Dr. Hans Schürff gewidmete Gedenktafel aus rotem Marmor, in der mit Goldbuchstaben der Festspruch des Heimatdichters Ottokar Kernstock zu lesen ist:

Burgenland, vielschöne Braut,	Mit einem Schienenstrang aus Erz,
Bist ganz nun unser Eigen.	Durch Feuersglut geflossen
Jetzt gilts, wie fest wir angetraut,	Sei drum das Burgenländer Herz
Auch durch die Tat zu zeigen.	An unser Herz geschlossen.
Man mag das Band, das Minne wand,	Heil Burgenland! Heil Österreich!
Als Rosenketten preisen,	Gott hat geeint die beiden.
Doch stärker denn ein Rosenband	Kein Schwertstreich und kein Schelmenstreich
Verknüpft ein Band von Eisen.	Soll je sie wieder scheiden.